

Correspondent.

Erscheint: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr. Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage: Unstrittes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis: pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 95.

Wittwoch den 14. Mai.

1884.

** Nach der Entscheidung.

Werkwürdig wie der ganze Kampf war auch der Ausgang der Verhandlungen über das Sozialistengesetz. Die Regierung und die Konservativen haben geglaubt, aber es herrscht keine Freude in ihren Reihen. Die Regierungsvorlage hat eine weit größere Mehrheit erlangt, als selbst von denen, die an eine solche Mehrheit glaubten, erwartet worden war. Wenn sonst das Resultat in einer so wichtigen Abstimmung zweifelhaft ist oder wenn die Mehrheit die gehegten Erwartungen übersteigt, so pflegt die Verkündigung des Resultats von Seiten der Sieger mit lautem Beifall begrüßt zu werden. Nichts von alledem erscholl diesmal, obgleich die Spannung auf das Ergebnis den höchsten Grad erreicht hatte. Das agrarische „Deutsche Tageblatt“ registriert den Sieg der rechten Seite mit sauerfüßer Miene und kann nicht unterlassen, hinzuzufügen, daß eine Ablehnung der Regierungsvorlage und die darauf folgende Auflösung des Reichstags eine Mehrheit für die Verlängerung des Sozialistengesetzes ergeben haben würde, die sich auch sonst als „leistungsfähig“ erwiesen hätte, d. h. welche die Verdreifachung der Kornzölle und andere schöne Dinge bewilligt haben würde.

Eine eben solche Bestimmung tragen die Organe der von Herrn Miquel geführten neukonservativen Heibelberger Richtung, wie sie in der „Köln. Ztg.“ vertreten ist, zur Schau. Selbst wenn es gelingen sollte, am nächsten Sonntag auf dem national-liberalen Parteitag zu Berlin trotz der Anwesenheit des Herrn v. Bennigsen die Majorität für die neukonservative Miquel'sche Richtung zu erzwingen, so würde doch der eigentliche Zweck, den Herr Miquel und seine Freunde im Auge hatten, verfehlt sein. Nicht ohne Absicht ist, wie man weiß, der Parteitag auf einen Zeitpunkt anberaumt worden, welcher kurze Zeit nach der Entscheidung über die Sozialistengesetzworlage fallen sollte. Zuerst glaube man, diese Entscheidung werde bereits in der ersten Maiwoche erfolgen; damals war für den Parteitag der 8. Mai anberaumt, und dieser Termin ist erst, als es klar war, daß die Entscheidung am 8. noch nicht erfolgen könne, auf den 18. Mai verlegt, wobei freilich auch andere Gründe mitgewirkt haben. Keineswegs den norddeutschen Führern der national-liberalen Partei, wohl aber den Freunden der neukonservativen Miquel'schen Richtung, dürfte es zu vertrauen, daß sie hofften, daß sie dann bei der Hege, welche nach der Auflösung gegen die Freisinnigen eröffnet werden sollte, mit Hilfe der Regierungsmaschinerie bei den Neuwahlen der freisinnigen Partei mit Erfolg in den Rücken fallen könnten.

Eine Sache, über welche die Freunde einer Person oder einer Partei sich ärgern, pflegt dieser Person oder Partei zum Vortheil zu gereichen. Hiernach kann man schließen, daß der Ausgang der mit Spannung erwarteten Verhandlungen der deutsch-freisinnigen Partei zum Nutzen gereichen wird. Hieran wird man sich nicht irren lassen dürfen, wenn nun Alle, welche von links bis rechts der Partei übelwollen, daraus, daß die Stimmen der freisinnigen Partei auseinandergeringen, den Schluß ziehen, daß diese die

Probe schlecht bestanden habe, daß sie auseinandergefallen sei. Wäre die Abstimmung zur Fraktionsfrage gemacht worden, dann würde der Jubel aller Gegner der Partei groß sein; es war sehr weise, daß die Partei hier, wo so vielerlei Erwägungen mit unterzuziehen, nicht das that, was ihre Gegner erwarteten und wünschten. Auf keiner Seite wurde die Angelegenheit als Prinzipienfrage behandelt, über all sah man nur Diplomatie und Taktik. In solchen Tagen ist es freilich sehr ehrenwerth, aber auch sehr unklug, wenn man sich allein auf das Prinzipienfest setzt. Man kann sich dann den Ruhm eines Säulenheiligen, eines Johann Jakoby erwerben, aber auf den Einfluß, auf die Politik der Gegenwart muß man Verzicht leisten.

Die freisinnige Partei kann auch sonst mit Genugthuung auf die Verhandlungen zurückschauen. Unter den Reden, die gehalten worden sind, ragen neben, ja über denen des Fürsten Bismarck nur die der beiden Freisinnigen, des Freiherrn von Stauffenberg und des Abg. Eugen Richter hervor. Die überlegene Vornehmheit und der bedeutende Inhalt der Donnerstagsrede des Freih. von Stauffenberg ist auch von seinen jetzigen Gegnern gern anerkannt worden. Und ebenso haben Gegner des Liberalismus wie Unparteiische zugestanden, daß es in dem Redebeuall zwischen dem Abg. Eugen Richter und dem Reichskanzler nicht der Erstere war, welcher den Kürzeren gezogen. Die Reden des Abg. Richter waren vielleicht die wirkungsvollsten — nicht nur bei seinen Freunden, sondern auf allen Seiten des Hauses — die er jemals gehalten, und sie waren um so wirkungsvoller, da er sich am Freitag seinem Gegner auch dadurch überlegen zeigte, daß er vollkommen in den Grenzen des Maßvollen blieb, während Fürst Bismarck in seinen späteren Reden in bestigen Zorn geriet, so daß er vor Erregung insolge der wüthigen Schläge seines Gegners nur mit verschleierter, überaus erregter Stimme zu reden vermochte.

Ein großes Verdienst hat sich der Abg. Eugen Richter dadurch verschafft, daß er den Fürsten Bismarck veranlaßt hat, seinem furchtbaren Hass gegen den Liberalismus offenen Ausdruck zu geben, dem Liberalismus, der allen antiliberalen Plänen im Wege steht, und der sich da, wo seine Grundsätze wirklich und ernstlich ins Spiel kommen, durch nichts gewinnen läßt, seine Prinzipien zu verleugnen. Es ist gut, daß dieser Haß, der Haß gegen den freihetlichen Geist des Volkes selbst, so offen vor dem Lande zum Ausdruck gekommen ist. Auflösung und Neuwahlen zum Reichstage sind hinausgeschoben; es ist gewiß, daß auch im Herbst der Kampf gegen alle wirklich Liberalen mit großer Heftigkeit geführt werden wird. Soweit jetzt zu sehen, hat der Ausgang des Streites über die Sozialistengesetzworlage die Sache aber in einer Weise geklärt, die den Liberalen nur zum Vortheil gereichen kann.

Ein Wort des Reichskanzlers ist es wohl werth, von den National-liberalen besonders beherzigt zu werden. Er sagte mit den National-liberalen sei er so lange zusammengegangen, bis sie „mit aus der Schüssel essen“ wollten; und „darüber konnten wir uns nicht verständigen.“ Was die National-liberalen damals wollten, das war nur eine Rücksicht-

nahme auf ihre Grundsätze. Der Herr Reichskanzler gestattete, daß man so viele gute Dinge in die Schüssel hineinhue, als man nur im Willige hat. Wenn man aber mit daraus essen will, so sagt er: Halt, da können wir uns nicht „verständigen.“ Aber es giebt immer noch Leute, welche befehrt sind, ihre werthvollen Vorräthe in die Schüssel auszuleeren, aus der etwa zu genießen ihnen nicht verkattet werden soll. Und wenn sie nichts mehr zu geben haben, können sie ihre Wege wandern.

Politische Uebersicht.

Ueber die parlamentarische Geschäfts-lage wird der N.-Ztg. geschrieben: Man kann unter den jetzigen Umständen annehmen, daß die Session nicht vor der zweiten Juliwoche schließen möchte. Das vorliegende Material wird dem Reichstage noch Stoff für drei bis vier Plenar-sitzungen bieten; nach dem künftigen Donnerstag tag wird eine Pause von mindestens 8 Tagen eintreten. Vorher wird eine Reihe von Rechnungs-sachen und u. A. das Dynamitgesetz in erster Lesung Erledigung finden; dasselbe wird dann zweifellos einer Commission überwiesen. Motive zu demselben sind übrigens auch jetzt noch nicht erschienen. Nach der Stimmung im Reichstage darf man übrigens auf eine große Majorität für die Vorlage rechnen. Die Hauptarbeit für den Rest der Session und maßgebend für ihre Dauer bleibt unter allen Umständen das Unfall-versicherungsgesetz; dasselbe erfordert in der Commission noch mindestens drei Wochen angestrengter Arbeit, um an das Plenum zu gelangen, welches sich also vor Pfingsten ganz sicher nicht mit dem Gegenstand wird zu beschäftigen haben.

Ueber die weitere Abwicklung der Landtagsarbeiten läßt sich im Augenblicke Folgendes bemerken: Die Beratungen des Herrenhauses, welche am 16. wieder beginnen, werden sich zunächst wohl dem Kommunalsteuergesetz zuwenden, an die Tagordnung aber nicht herantreten. Es heißt, der Entwurf soll unerledigt bleiben. Wahrscheinlich wird das Kommunalsteuergesetz Abänderungen im Herrenhause erfahren, sodas dasselbe noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückkommt. Damit würde ein Schluß der Landtags-session nicht vor der Pfingstwoche zu ermöglichen sein; vorausgesetzt ist dabei, daß die Steuer-gesetze überhaupt nicht zum Abschluß gebracht werden.

Die Franzosen können, nachdem die Tongking-Expedition in militärischer Hinsicht bereits mit der Einnahme von Bac-Kinh zum glücklichen Abschlusse gelangt war, nunmehr auch einen entscheidenden diplomatischen Erfolg gegenüber der chinesischen Regierung verzeichnen. Die insbesondere von englischen Blättern stets von Neuem angefündigte Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und China, die allerdings von Anfang an wenig ernsthaft genommen werden konnte, ist nunmehr endgültig beseitigt, da die chinesische Regierung das Protokollat Frankreichs über Tongking und Annam in aller Form anerkannt hat. Hierüber liegt folgende telegraphische Mittheilung vor: „London, 12. Mai, früh. In Tientsin wurde heute, wie ein Telegramm der „Times“ aus Shanghai von gestern

melbet, vom Kapitän Journier im Namen Frankreichs und von Li-Hung-Chan als Vertreter Chinas ein Vertrag unterzeichnet, kraft dessen China das französische Protektorat über Tongking und Annam mit bestehenden Grenzen anerkennt, die Fragen wegen der Grenzpolizei und der Zölle werden gemeinsam geregelt, die Provinzen Kiangsi, Quangtung und Yunnan werden unter später noch festzustellenden Bedingungen dem allgemeinen Handel eröffnet, China zahlt keine Kriegsschadigung. — Dieser durchaus friedliche Ausgang der Dinge ließ sich um so mehr vorhersehen, als es gerade in jüngster Zeit nicht an charakteristischen Symptomen fehlte. Von besonderem Interesse in dem zwischen Frankreich und China geschlossenen Vertrage ist die Thatsache, daß die Tongking benachbarten chinesischen Grenzprovinzen dem allgemeinen Handel eröffnet werden sollen, wenn auch die Bedingungen für ein bezügliches Abkommen noch festzustellen sind. Andererseits verzichtet Frankreich auf die Zahlung einer Kriegsschadigung von Seiten Chinas. Freilich ließ sich von Anfang an vorhersehen, daß die Forderung einer derartigen Kriegsschadigung, sowie die Androhung, event. chinesische Gebietsheile als Pfand in Besitz zu nehmen, lediglich dazu dienen sollten, einen Druck auf die chinesische Regierung auszuüben. Das Kabinet Jules Ferry hat durch den in militärischer und diplomatischer Hinsicht glücklichen Verlauf der Tongking-Expedition jedenfalls eine wesentliche Stärkung erfahren.

Die Nachrichten aus **Ägypten** haben auch in den letzten Tagen von ihrer Trostlosigkeit nichts eingebüßt. Von allen Seiten wird das Umsichgreifen des Aufstandes und stetig Zunehmen der Macht des Mahdi gemeldet, dem gegenüber weder von Seiten Englands noch Ägyptens ein nennenswerther Schritt zur Abwehr unternommen wird. — Der reine Hohn auf die militärischen Operationen der Engländer im Frühjahr ist die Thatsache, daß man in Suakin tagtäglich einen Angriff Osman Digma's erwartet. Ein kundschaftlicher meldete in Suakin, daß in der Nacht vom 8. zum 9. ein solcher bevorstehe. In Folge dessen wurden englische Gesoldaten und Matrosen gelandet, welche einige Punkte der Stadt besetzten. Der Lärm scheint aber ein blinder gewesen zu sein; trotzdem bleibt die Thatsache für die augenblickliche Lage sehr bezeichnend.

Deutschland.

— (Hofnachrichten.) Sr. Majestät der Kaiser empfing am Montag Vormittag den Generalfeldmarschall Grafen Moltke, nahm dann Vorträge entgegen und conferierte von 1 Uhr an mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck. Nachmittags wohnte der Kaiser längere Zeit dem Pferderennen bei Charlottenburg bei. — Die Abreise des Kaisers nach Wiesbaden wird nunmehr Dienstag Abend 10 Uhr eintreffen. Die bereits getroffenen ReiseDispositionen bleiben durchweg dieselben, so daß also die Ankunft in Wiesbaden am Mittwoch Vormittag um 9³/₄ Uhr erfolgen dürfte. Die Equipagen und Pferde Sr. Majestät des Kaisers sind bereits am Sonnabend nach Wiesbaden abgegangen.

— (Die „vertrauliche Besprechung“) zu welcher am Sonnabend der Reichskanzler eingeladen hatte, war außerordentlich stark besucht und erwies sich durchaus als ein parlamentarischer Abend gleich den früheren, welche Politiker vom Bundesrath, vom Reichstag und Landtag in den gastlichen Räumen des Kanzlerhauses vereinigten. Der Wirth war die Liebenswürdige selbst und voller Witz und Munterkeit. Die Fürstin Bismarck fehlte leider, da ihr angegriffener Gesundheitszustand größere gefesselte Zerstreuungen noch ausschließt. Sie wurde vertreten durch ihre Tochter, die Gräfin Ranzau und Frau v. Spitzenberg, eine Freundin des Bismarck'schen Hauses. Sonst waren Damen nicht zugegen. Die Gäste erschienen bald nach 8 Uhr. Die großen Räume waren bald sämmtlich gefüllt. Die Präsidien des Reichstages, des Abgeordneten- und des Herrenhauses, so wie das preussische Ministerium waren vollständig vertreten. Dazu kamen noch viele Mitglieder des Bundesraths und die Staats-

sekretäre von Mellling und Burchart. Von allen Fraktionen — ausgenommen die Sozialdemokraten und die Volkspartei — waren zahlreiche Mitglieder erschienen. Die Unterhaltung bewegte sich hauptsächlich in dem Thema der sozialpolitischen Gesetze. Kurz nach 11 Uhr verabschiedete sich die Gesellschaft vom Reichskanzler.

— (Zur Ministerveränderungsfrage.) Wie nach der „N. Pr. Ztg.“ verlautet, soll der Kaiser die Genehmigung zum Ausscheiden des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck aus dem preussischen Ministerium ertheilt haben. Vorgefunden Nachmittags trat das Staatsministerium unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten von Bismarck im Reichskanzlerpalais zu einer Sitzung zusammen. Die Berathung war von mehrstündiger Dauer.

— (Der Gesetzesentwurf betreffend die Außerverkehrsbefugung der alten Reichskassenscheine vom Jahre 1874) ist nunmehr dem Bundesrath zugegangen. Der Entwurf schlägt vor, die gesetzliche Verpflichtung der Reichskassen und Kassen der Bundesstaaten zur Annahme der genannten Scheine an Zahlungsstatt und die Verpflichtung der Reichskasse zur Einlösung dieser Scheine vom 1. Juli 1885 ab aufheben zu lassen; nach diesem Zeitpunkt sollen die Kassenscheine nur noch bei der Controlle der Staatspapiere eingelöst werden.

— (Die Wahlprüfungscommission des Reichstages) saß am Montag bei Prüfung der Wahl im ersten Wahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg auf Antrag des Abg. Wölke folgende Beschlüsse. Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Wahl des Abg. Dr. Horwitz für gültig zu erklären;
2. die Erwartung auszusprechen, der preussische Minister des Innern werde, nachdem er von den Thatfachen Kenntniß genommen hat, welche die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Clauswitz herbeigeführt und die durch diese Ungültigkeitserklärung veranlaßte Ergänzung verzögert haben,

1) dafür Sorge tragen, daß noch vor den bevorstehenden Neuwahlen zum deutschen Reichstage der § 10 der vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen erlassenen Verordnung vom 21. März 1879, betr. die äußere Festhaltung der Stimm- und Festtage, mit dem § 17 des Wahlreglements für den deutschen Reichstag in Einklang gebracht werde, und er werde

2) das Verfahren des Regierungspräsidenten in der Erwählung ernstlich rügen, durch welches die Erbschaft in einer dem Stimmwortlaut des § 34 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 widersprechenden und bisher durch nichts begründeten Weise verzögert worden ist.

III. den Reichskanzler zu erwidern, dem königl. preussischen Minister des Innern von dem Beschlusse ad II Kenntniß zu geben.

Die vorstehenden Beschlüsse sind von der Commission einstimmig gefaßt worden, wenn auch vorher gegen den Antrag sub II, 2 der Einwand erhoben worden war, daß er über die Kompetenz des Reichstages hinausgehe.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 12. Mai.) Im Reichstage wurde am Montag das Sozialistengesetz in dritter Lesung angenommen. Ebel und Liebnicht (Soz.-Dem.), sowie Damborger und Richter-Hagen (Freil.) sprachen gegen die Vorlage, Reichensperger-Gresch für dieselbe. Eine Resolution Windthorst, Religion und Kirche zur Bekämpfung des Sozialismus von ihren Fesseln zu befreien, wurde mit 178 gegen 115 Stimmen abgelehnt; ebenso wurde eine Resolution Erdt abgelehnt, die christliche Kirche im Kampfe gegen den Sozialismus zu unterstützen. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Dynamit-Gesetz. Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 12. Mai.) Im Abgeordneten-Haus wurde am Montag die dritte Berathung des Communalsteuer-Nachgesetzes beendet; der § 8, wonach Nachbargemeinden einen Theil der Steuern von Betrieben in andere Gemeinden beanspruchen können, wenn in diesen Gemeinden Betriebe vorhanden sind, durch welche der Nachbar-Gemeinde eine bedeutende Erhöhung ihrer Gemeindefinanzen erwächst, wurde gefaßt. — Dienstag 11 Uhr kommen kleinere Vorlagen zur Berathung.

Provinz und Umgegend.

† Der soeben von Herrn Dekonomierath Dr. Delius in Halle, Generalsekretär des Landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen erstattete Jahresbericht pro 1883 läßt sich in der Einleitung über „allgemeine Zustände“ dahin aus: Aus dem Regierungs-

bezirk Merseburg: Die Lage der Landwirtschaft hat sich im verfloffenen Jahre nicht günstiger gestaltet. Das Wintergetreide hatte durch die März- und Aprilfröste stark gelitten, Sommergetreide blieb in dem verhältnismäßig trockenen Mai und Juni im Wachsthum zurück und gab geringeren Ertrag als im Vorjahre. Trotzdem haben sich die Getreidepreise nicht gehoben und kann das Verkaufsgeschäft als noch schleppender und schwieriger wie im Vorjahre bezeichnet werden. Zuckerrüben und Kartoffeln ergaben guten Ertrag, wenn auch erstere nicht so abnorm hohen wie im Vorjahre. Die Klees- und Heuernte war eine mäßige. — In einigen Bezirken des Regierungsbezirks Erfurt war man im Frühjahr mit dem Stand des Getreides sehr wenig zufrieden; es wurde Raps und Roggen unterpflügt, Gerste und Klee waren in hohem Grade durch Mäuse geschädigt. Dadurch erlangte die Frühjahrsernte eine größeren Umfang, als es bei normalen Verhältnissen der Fall zu sein pflegt. — Im Regierungsbezirk Magdeburg hat der Roggen wenig gelitten, dagegen in hohem Grade der Weizen, namentlich die englischen Sorten. Auch lagt man stark über den Ausfall der Gerstenernte, die infolge der Zweiwüchsigkeit geringe Körner brachte, welche verursacht durch schlechtes Erntewetter auch vielfach graue Färbung zeigten. Die Hauptprodukte, wie Zucker, Spiritus, Stärke, Molkereiprodukte, leiden unter den Nachtheilen der geringen Preise. — Dem späten Frühjahr war ein trockener Sommer gefolgt, der erst spät ausgiebigen Regen brachte, welcher noch Ursache der Zweiwüchsigkeit der Gerste wurde, aber den Rüben und Kartoffeln doch rechtzeitig nützte. Letztere Früchte sind gut gerathen und die Rüben von vorzüglicher Qualität. — Der Bauern-Verein Merseburg berichtet von den in seinem Gebiet aufgetretenen Ueberschwemmungen und wünscht sehr, daß eine Einrichtung getroffen werden möge, wie sie an der Elbe längst besteht, mittels welcher das Hochwasser den Bewohnern der an den Flüssen gelegenen Ortschaften signalisirt werde und dieselben dadurch eine Mahnung erhielten, noch vor Ueberschwemmungen zur Verhütung mancher drohenden Schädigung zu treffen.

† Aus Hannover, 10. Mai, wird der S.-Ztg. berichtet: Die heutige feierliche Enthüllung des Kriegerdenkmals der Provinz Hannover für den Krieg von 1870/71 gestaltete sich zu einer großartigen patriotischen Kundgebung. Prinz Albrecht von Preußen, die Generalität und die Spitzen der Civilbehörden, Deputationen der Regimenter des Armeecorps, Vertreter aller Städte der Provinz, gegen 12.000 Mitglieder der Kriegervereine nahmen an der Feier Theil. Als Landesdirektor v. Bennigsen am Schluß seiner schwingvollen patriotischen Festrede die Erlaubniß zur Enthüllung des Denkmals erbat, wandte sich der Prinz Albrecht an die Anwesenden mit den Worten: „Mit Gott für König und Vaterland, so haben sie gekämpft, so sind sie gefallen, denen dies Monument errichtet ist. Begrüßen wir dies Denkmal einer großen Zeit mit dem Rufe, in dem alles zusammengefaßt ist, was deutsche Treue heißt: „Es lebe der Kaiser — Hurrah!“ Während die Menge unter dem Donner der Geschütze begeistert einstimmte, wurden von allen Kirchen die Glocken geläutet und von den Musikcorps „Heil Dir im Siegerkranz!“ intonirt. Ihre K. H. die Frau Prinzessin Albrecht und die drei jungen Prinzen wohnten der Feier von einer Loge aus bei. Die Stab ist mit Fahnen und Guirlanden geschmückt, die Bevölkerung in der gehobenen Stimmung.

† Bei den in letzter Zeit in den thüringischen Staaten abgehaltenen Pferdemonstrationen ist fast überall die Thatsache konstatiert worden, daß die Zahl der Pferde im allgemeinen seit den Mufferungen von 1872 und 1873 bedeutend zugenommen hat, daß aber die Zahl der (für das Militär) tauglichen Pferde jetzt weit hinter den früheren Mufferungen zurückbleibt. Es soll dies daran liegen, daß den jungen Pferden von den Bauern zu früh größere Lasten aufgebürdet werden, wodurch die Thiere ihre volle Spannkraft nicht erhalten bzw. wieder verlieren.

Ziehung am 28. Mai d.J.
Hauptgem. Werth 10000 Mk.

XIV. Große Mecklenburgische Pferde-
Verloofung zu Neubrandenburg.
 Ein-, zwei- und vierspännige Equipagen,
 80 edle Reit- und Wagenpferde
 und 1010 sonstige wertvolle Gewinne.

Loose à 3 Mark
 sind zu beziehen durch **H. Mollat,**
 General-Debit, Hannover, und die
 durch Plakate bekannten
 Agenturen.

Die Gesamt-Netto-Einnahme aus dem Loosvertriebe wird zur Beschaffung der vollwertigen Gewinne verwandt.

ff. Sommer-Tricotagen

als:
 acht Schweizer Maco-Unterjäckchen und -Hosen (angenehmste und leichte Sommerunterkleider),
 geknotete Netz-Unterjäckchen von Metz & Söhne in Freiburg, Baden.
ff. Herrensocken, Damen- u. Kinderstrümpfe,
 gebleicht und farbig, in größter Auswahl empfehle zu ganz billigen Preisen.
M. Dürbeck (Markt).

Burgstr. 8. Otto Franke, Burgstr. 8.

vorm. **Moritz Seidel,**

MERSEBURG,

empfeilt in grosser Auswahl:

- Kleiderstoffe** in Wolle, Seide, Halbwolle und Baumwolle in billigen, wie auch besten Qualitäten.
- Umhänge und Jaquettes** in guten Stoffen und neuesten, eleganten und einfachen Façons.
- Regen- und Brunnen-Mäntel, Kinder-Regen-Mäntel** unter Preis.
- Buckskins, Meuble-Stoffe, Gardinen, Teppiche** etc. etc. Preise billigst und fest.

Die kaiserl. königl. privil. **Handschuh-Fabrik in Joachimsthal b/Carlsbad**

übergab mir den Verkauf ihrer

Glacé-Handschuhe

für Damen und Herren in farbig, schwarz und weiß, und halte ich diese anerkannt sehr guten Fabrikate zu den billigsten Preisen bestens empfohlen.

Gust. Müller,
 Schirmfabrik.

Von Grube „Paul“ in Luckenau

liefere ich

Briquettes und Presskohlensteine

in Lowrys und Fuhren prompt und billigst.

Die Qualität und sonstige Beschaffenheit obiger Fabrikate ist anerkannt die beste.

Heinrich Schulze,

alleinige Vertretung für Merseburg und Umgegend.

Hauspäne

sind täglich zu haben auf meinem Zimmerplatz Weiskellerer Straße 4.

F. Wolf.

Klassensteuer-Reclamations-Formulare

sind zu haben in der Exped. d. Bl.

Hierzu eine Beilage.

Niederlage der Holländ. Kaffee-Lagerrei von G. Grapshoff in Halle a/S.

Gustav Hensel in Merseburg,
 Altenburger Schulplatz 6.

Herr **G. Grasshoff** in Halle a/S. hat mir mit dem heutigen Tage die Niederlage seiner vollständ. Kaffee-Lagerrei übergeben und empfehle einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum die allerfeinsten rohen sowie gerösteten Kaffees dieser Lagerrei einer geneigten Annahme.

Die Kaffees werden hier am Platze zu denselben billigen Preisen als in der Hauptlagerrei abgegeben und nur naturfarbige, auf den Geschmack genau geprüfte und keine gefärbte oder appetitirte Kaffees verkauft.

Die geehrten Herrschaften haben Gelegenheit die besten Marken zu den billigsten Preisen am Platze beziehen zu können ohne ihre Bestellungen in Hamburg oder an anderen größeren Plätzen zu machen und empfehle ich hiermit reichschmeckenden Röst-Kaffee à Pfd. M. 1,-

Berliner Mischung	"	"	1,20
Holländische	"	"	1,40
Amsterdamer	"	"	1,50
Wiener	"	"	1,60
Carlsbader	"	"	1,80

Die feinsten rohen Kaffees von 70 Pf. per Pfd. an. Die gerösteten Mischungen sind bisher in Qualität noch nicht übertroffen und ist namentlich die Berliner Mischung ganz besonders zu empfehlen.

Merseburg, den 10. Mai 1884.

Gustav Hensel,
 Altenburger Schulplatz 6.

Schneidebohnen, Preiselbeeren, Kirchen in Zucker, rothe Rüben, Pflaumenmus, bosn. Pflaumen

empfeicht billigst **Carl Adam.**

Visitenkarten

100 Stück von 1 Mk. an empfeicht **J. Kartus, Brühl 17.**

Saure Gurken,

vorzüglich im Geschmack, empfeicht **E. Wolf.**

Bauern-Verein Merseburg.

Samstag den 18. Mai

Versammlung

im großen Saale der Kaiser Wilhelm-Halle.

Die Vorträge sind besonders interessant und beginnen Punkt 3 Uhr nachmittags, wozu unsere Mitglieder mit dem Bemerken eingeladen werden, daß Gäste und Damen gern gesehen werden. **Der Vorstand.**

Männer-Turn-Verein.

Mittwoch den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr Hauptprobe.

Casino.

Donnerstag den 15. Mai I. Abonnements-Concert nebst großartiger Illumination und Feuerwerk. Anfang abends 7 1/2 Uhr.

Willetz zu diesen Concerten sind noch bei den Kaufleuten Herren **Matto** und **Heinrich Schulze** zu haben. **G. Zelle. G. Schüt. Königl. Musikdirektor.**

Ein Junge zum Regelaufstellen wird sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Aufwartung für den ganzen Tag wird sofort gesucht **Wilhelmsstrasse 1, I. Et.**

Ein gewandter ehrl. Kellerbursche findet sofort im Restaurant **Nischgarten** Stellung. **A. Ulrich.**

Alles unbefugte Betreten meiner Felder, Garten und Wiesen wird hierdurch bei gesetzlicher Strafe verboten.

G. Wiemann, Steckners Berg.

Provinz und Umgegend.

Die außerordentlich günstige pecuniäre Lage der Hallischen Maschinenfabrik hat die Direction veranlaßt, den 400 und einigen 60 Arbeitern (incl. Lehrlingen) eine Extragratisfication auszuhändigen. Jeder zehn Jahre in der Fabrik beschäftigte Arbeiter erhält 100 Mk., derjenige, welcher über fünf Jahre thätig war, 60 Mk., der seit zwei Jahren Eingestellte 40 Mk., der seit einem Jahre Beschäftigte 30 Mk. und derjenige, welcher erst 1884 eintrat, 10 Mk. Die Bezahlung erhielten von dem ausgelegten Betrage — für zwei resp. ein Jahr — die Hälfte. Gewiß ein beachtens- und nachahmungswerthes Vorgehen.

Auf dem Hallischen Güterbahnhofe wurde am Freitag der seit etwa sechs Wochen als Wagenschieber angestellte Arbeiter Ulrich überfahren und sofort getödtet. Die besagten werthe Familie des Verunglückten wohnt noch in Lodersleben.

Der Feuerwehroerband der Provinz Sachsen wird dem Vernehmen nach sein nächstjähriges Verbandsfest in Raumburg abhalten.

Ein großer „Bauerntag“ soll zu anfang des nächsten Monats in Erfurt stattfinden. An der Versammlung wollen sich verschiedene hervorragende Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Deutschen Bauernvereins betheiligen.

Das Frechte, was wohl je ein Handwerksbursche leistete, vollführte ein solcher dieser Tage in einem Magdeburger Zafakladen. Als ihm nämlich auf seine Bitte der gutmüthige Ladenbesitzer zwei Cigarren schenkte, steckte sich der Strolch die eine an, ließ sich ganz keuermäßig den Rauch um die Nase gehen, um sie sofort dem Ober mit den Worten: „Ich bin nicht gewohnt, Subdenburger Deekblatt und Budauer Einlage zu rauchen!“ vor die Nase zu werfen.

Ein traurige Familienscene spielte sich am Sonnabend früh gegen 8 Uhr an der Dreierbrücke in Halle ab. Die verheiratete Schloffer Mißhe von dort, welche schon seit einiger Zeit Spuren von Tiefsinn gezeigt hat, stürzte sich mit ihren beiden Kindern, einem Mädchen von 9 Jahren und einem Knaben von 4 Jahren, an der genannten Brücke in die Saale, um sich und den Kindern das Leben zu nehmen. Zwei Eubenten, deren Namen leider bis jetzt noch unbekannt geblieben sind, sowie der Schuhmachermeyer Blossfeld von hier, die sich zufällig in der Nähe befanden, bemerkten die That, trafen sofort Rettungsanstalten und konnten die Mutter sowie das jüngere der Kinder lebend wieder ans Land bringen, während das ältere Kind bereits todt war. Die Frau liegt krank darnieder, während der gerettete Knabe sich wohl befindet.

Die Stadt Stendal hat den commandirenden General des 4. Armee-corps v. Blumenthal, zu ihrem Ehrenbürger ernannt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 14. Mai 1884.

Im October des Jahres 1849 gründete Herr A. Hartung, damals Diaconus an St. Maryn, einen Missionsverein für die hiesige Stadtgemeinde, der in Gaben der verschiedensten Art, Lesen von Missionschriften, sowie Abhaltung von Missionsandachten bis in die Neuzeit Ausdruck gefunden. Um nun aber für diese kirchliche Angelegenheit sämtliche unserer sächsischen Gemeinden zu interessieren, so ist seit kurzem die Einrichtung getroffen, daß etwa alle 4 Wochen — zunächst nur in der Stadtkirche — Missionsstunden dergestalt abgehalten werden, daß sämtliche Geistliche unserer Stadt nach einander die Predigt für diese Gottesdienste übernehmen und für nächsten Donnerstag (15. Mai) abends 7 Uhr Herr Prediger Horn eintreten wird.

Ueber das Vermögen des Kaufm. Gustav Roenneke, in Firma Engelhardt & Roenneke hieselbst ist unterm 10. Mai 1884, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Carl Reichel ist zum Kon-

fursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 21. Juni 1884 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses u. auf den 7. Juni 1884, vormittags 9 Uhr — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 21. Juni 1884, vormittags 9 Uhr, — vor dem hiesigen königl. Amtsgerichte, Poststraße 1, Zimmer Nr. 43, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Juni 1884 Anzeige zu machen.

In der am Montag Abend stattgehabten Konferenz unserer freiwilligen Feuerwehrt wurde zunächst über die Verwaltung der Agnerschen Stiftung Rechnung gelegt, das Andenken der Stifterin durch Erheben von den Eigen geehrt und wie alljährlich beschlossen, einen Kranz auf das Grab derselben niederzulegen. Nach erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zeigte Herr Obersteiger Lowitzsch einen von ihm neu construirten Feuerwehropparat vor und erläuterte dessen Zusammenfassung. Weiterhin machte Herr Hofdirector Kops die Mittheilung, daß Herr Stadtrath V. Lande beabsichtige, aus seinen hierzu fähigen Arbeitern eine neue Feuerwehrcompagnie zu organisiren und deren Ausrüstung auf eigene Kosten zu bewerkstelligen. Dieselbe soll als 3. Compagnie dem gemeinsamen Commandanten unterstellt werden. Durch diese Verstärkung des freiwilligen Feuerlöschcorps werde es, wie Herr Kops ferner betonte, möglich sein, die häßliche Feuerwehrt mehr und mehr ihrer Nothwendigkeit zu entbehren. Vorläufig sollen deren Übungen gesondert stattfinden. Endlich wurde noch die Betheiligung an dem am 24. d. M. stattfindenden 50jährigen Bürgerjubeläum des Hrn. Bürgermeisters a. D. Seffner beschlossen und hierauf zum gemüthlichen Theile der Zusammenkunft übergegangen.

Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung vom 12. Mai 1884.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt der Vorsitzende, Herr Dr. med. Krieg, zur Kenntniß der Versammlung, daß seitens des Herrn Regierungspräsidenten v. Dietz die Wahl der Herren Eichhorn, Kops, Schwidert und Blankenburg als Stadträthe für die nächsten 6 Jahre (vom 1. Juli er. ab) bekräftigt worden ist. Die Versammlung tritt danach in die Verhandlung der Tagesordnung ein.

Der erste Punkt betrifft die Verwendung des Antheils der Weisenfels-Merseburger Hilfskassenbesitzer. Nach den Ausführungen des Ref. Stadth. Hofmann hat diese Angelegenheit folgende Bewandnis: In früheren Jahren bestand zwischen Weisenfels und Merseburg eine gemeinschaftliche Hilfskassenbesitzer. In Weisenfels war der Hauptstift, in Merseburg führte ein Inspector die Geschäfte. Die Kasse kam aber in Verfall, so daß die königl. Regierung sich veranlaßt sah, die Auflösung der Kasse zu decretiren. Sie beauftragte nun im Jahre 1845 den Magistrat zu Weisenfels mit der Regelung dieser Angelegenheit. Seitens einiger Merseburger Interessenten wurden während dieser Zeit (in den Jahren 1851 und 1864) Ansprüche an die Kasse erhoben, jedoch ohne Erfolg — aber die „Regelung“ kam auch nicht zu Stande. Da wurde bei der Prüfung der hiesigen Kammereffassen Rechnung für 1881/82 ein bezügliches Montum gezogen und dies veranlaßte unsern Magistrat, den Herrn Regierungs-Präsidenten um endliche Herbeiführung der Regelung zu bitten. Dieser genehmigte nun auf vorhergegangenen Bericht des Magistrats zu Weisenfels, daß die Angelegenheit aus sich beruhig bleibe und die noch vorhandenen geringfügigen Gelder den Armenfonds der beiden

interessirten Städte überwiesen werden. Da nun neuerdings ein hiesiger Interessent gegen die Ueberweisung der Gelder Einspruch erhoben hat, so erklärte auf Veranlassung des Stadth. Witte Herr Bürgermeister Reinefarth, daß er sehr gern bereit sei, den Interessenten aus dem vorhandenen spärlichen Material alle mögliche Auskunft zu geben, machte aber darauf aufmerksam, daß bei früheren Einsprüchen die Interessenten auf den Rechtsweg verwiesen worden seien. Der Magistrat müsse doch damals seine Gründe zur Zurückweisung der Ansprüche gehabt haben. Sollte indessen jetzt noch die Berechtigung irgendwelcher Ansprüche nachgewiesen werden, so könne denselben gemäß der Höhe der vorhandenen Mittel entsprochen werden. Die Versammlung ist mit diesen Erklärungen zufrieden gestellt.

Der Maurer Kühn will in der Karlstraße bauen und deshalb vom Magistrat ein Stück Mauer von 20 Meter sammt Grund und Boden kaufen. Grund und Boden sind früher seitens der Stadt erst von Kühn erworben worden und in dem damals aufgestellten Contract ist für Kühn die Berechtigung eingetragen, die Mauer sammt Grund und Boden für den Kostenpreis zurückzuerwerben. Dieser stellt sich auf 417,70 Mk. Kühn will nun bloß 250 Mk. zahlen, weil er bei dem Abbruch der Mauer Verlust habe u. Nach mehrfachen Verhandlungen empfiehlt der Magistrat in seiner Vorlage, die Mauer für diesen Preis abzulassen. Der Ref. Stadth. Graul führt aus, daß die Mauer u. wohl den zuerst angegebenen Werth habe und man deshalb nicht von demselben abgehen dürfe. Außerdem habe aber auch Kühn, wo nur immer möglich, den Stadtsäckel hart mitgenommen; der Ref. führte als Beweis die Verhandlungen mit Kühn beim Bau der neuen Straße an, und beantragt, im Gegenfatz zur Vorlage den Preis auf 417 Mk. festzusetzen. Zustimmung zu den Ausführungen des Ref. äußert sich noch der Stadth. Wächter, wonach der Antrag des Ref. einstimmig angenommen wird.

Infolge einer baulichen Veränderung auf dem Gehöft des Steinbauersmeisters Peuschel in der Meuschauer Straße ist eine Abänderung der früher festgesetzten Fluchtlinie notwendig geworden. Der Ref. Stadth. Luge empfiehlt die Annahme der Vorlage, nach der sich der neue Plan als vortheilhafter gegenüber dem alten präsentire. Die Versammlung stimmt zu.

Für das von dem Bürgergarten, den Scheunen und der Hype'schen Holzhandlung begrenzte Terrain an der Weisenfelscher Straße sollte eine Fluchtlinie festgesetzt werden, weil gegenwärtig ein hiesiger Bauunternehmer beabsichtigt, dort einen Bau auszuführen. Der Magistrat schlägt vor, die Fluchtlinie gemäß derjenigen des Bürgergartens festzusetzen. Der Ref. Stadth. Voigt ist der Meinung, daß für dieses Terrain schon bei Feststellung des Bebauungsplanes eine Fluchtlinie festgesetzt sei und empfiehlt deshalb die Ablehnung der Vorlage. Bei der folgenden recht lebhaften Besprechung der Vorlage stellt sich indessen heraus, daß eine Fluchtlinie für den in Rede stehenden Theil gar nicht festgesetzt sein kann und die Versammlung nimmt auf Antrag des Stadth. Witte die Magistratsvorlage an.

Die §§ 23 und 24 des Reglements der städtischen Leihankalt enthalten nach der Ansicht des Verwaltungsrathes eine nicht berechtigte Härte in den Bestimmungen, daß der Taxator bei Pfänderverkäufen verpflichtet ist, etwaige Ausfälle zu decken, auch wenn er gar keine Schuld an denselben trägt; ferner daß der Pfandgeber bei verspäteter Einlösung 5 pCt. des Taxwerthes außer Zinsen u. mehrzahlen muß. Man will diese Punkte nun dahin ändern, daß in ersterem Falle nach dem Ermessen des Verwaltungsrathes verfahren wird, in letzterem Falle nur 5 pCt. des gegebenen Darlehns zu zahlen sind. Die Versammlung nimmt den Antrag des Ref. Stadth. Nigsche auf Genehmigung dieser Aenderung an.

Die Räumung der Geißel ist in den letzten Jahren lediglich auf Kosten der Gemeinde ausgeführt worden, während früher von den Adja-

se à 3 Mark... Carl... E. Wolf... Turn-Vere...

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7^{1/2} Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herantträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 95.

Wittwoch den 14. Mai.

1884.

** Nach der Entscheidung.

Merkwürdig wie der ganze Kampf war auch der Ausgang der Verhandlungen über das Sozialistengesetz. Die Regierung und die Konservativen haben gestimmt, aber es herrscht keine Freude in ihren Reihen. Die Regierungsvorlage hat eine weit größere Mehrheit erlangt, als selbst von denen, die an eine solche Mehrheit glaubten, erwartet worden war. Wenn sonst das Resultat in einer so wichtigen Abstimmung zweifelhaft ist oder wenn die Mehrheit die gehegten Erwartungen übersteigt, so pflegt die Verknüpfung des Resultats von Seiten der Sieger mit lautem Beifall begrüßt zu werden. Nichts von alledem erscholl diesmal, obgleich die Spannung auf das Ergebnis den höchsten Grad erreicht hatte. Das agrarische „Deutsche Tageblatt“ registriert den Sieg der rechten Seite mit sauerfüßer Miene und kann nicht unterlassen, hinzuzufügen, daß eine Ablehnung der Regierungsvorlage und die darauf folgende Auflösung des Reichstags eine Mehrheit für die Verlängerung des Sozialistengesetzes ergeben haben würde, die sich auch sonst als „leistungsfähig“ erwiesen hätte, d. h. welche die Verdrängung der Kornzölle und andere schöne Dinge bewilligt haben würde.

Eine eben solche Bestimmung tragen die Organe der von Herrn Miquel geführten neukonservativen Heidelberger Richtung, wie sie in der „Köln. Ztg.“ vertreten ist, zur Schau. Selbst wenn es gelingen sollte, am nächsten Sonntag auf dem nationalen liberalen Parteitag zu Berlin trotz der Annahme der von Herrn v. Bennigsen die Majorität bildenden neukonservativen Miquel'schen Richtung, so würde doch der eigentliche Zweck der Herr Miquel und seine Freunde im Auge nicht verfehlt sein. Nicht ohne Absicht ist, wie wir weiß, der Parteitag auf einen Zeitpunkt gerückt worden, welcher kurze Zeit nach der Entscheidung über die Sozialistengesetzvorlage sollte. Zuerst glaubte man, diese Entscheidung werde bereits in der ersten Maiwoche erbracht werden, und dieser Termin ist erst, als man war, daß die Entscheidung am 8. noch nicht folgen könne, auf den 18. Mai verlegt, freilich auch andere Gründe mitgewirkt. Keineswegs den norddeutschen Führer der nationalliberalen Partei, wohl aber den Führer der neukonservativen Miquel'schen Richtung, man es zutrauen, daß sie hofften, daß sie bei der Hege, welche nach der Auflösung der Freisinnigen eröffnet werden sollte, mit der Regierungsmaschinerie bei den Rechten der freisinnigen Partei mit Erfolg in den Vordergrund fallen könnten.

Eine Sache, über welche die Freunde der Person oder einer Partei sich ärgern, pflegen die Person oder Partei zum Vortheil zu gebrauchen. Hiernach kann man schließen, daß der Parteitag, der mit Spannung erwarteten Verhandlungen der deutsch-freisinnigen Partei zum Nutzen gereichen wird. Hieran wird man sich nicht irren lassen dürfen, wenn nun Alle, welche von links bis rechts der Partei übelwollen, daraus, daß die Stimmen der freisinnigen Partei auseinandergeringen, den Schluß ziehen, daß diese die

Probe schlecht bestanden habe, daß sie auseinandergefallen sei. Wäre die Abstimmung zur Fraktionsfrage gemacht worden, dann würde der Jubel aller Gegner der Partei groß sein; es war sehr weise, daß die Partei hier, wo so vielerlei Erwägungen mit unterzuziehen, nicht das that, was ihre Gegner erwarteten und wünschten. Auf keiner Seite wurde die Angelegenheit als Prinzipienfrage behandelt, überall sah man nur Diplomatie und Taktik. In solchen Tagen ist es freilich sehr ehrenwerth, aber auch sehr unklug, wenn man sich allein auf das Prinzipienfest setzt. Man kann sich dann den Ruhm eines Säulenheiligen, eines Johann Jakoby erwerben, aber auf den Einfluß, auf die Politik der Gegenwart muß man Verzicht leisten.

Die freisinnige Partei kann auch sonst mit Genugthuung auf die Verhandlungen zurücksehen. Unter den Reden, die gehalten worden sind, ragen neben, ja über denen des Fürsten Bismarck nur die der beiden Freisinnigen, des Freiherrn von Stauffenberg und des Abg. Eugen Richter hervor. Die überlegene Bornehmtheit und der bedeutende Inhalt der Donnerstagsrede des Freiherrn von Stauffenberg ist auch von seinen jetzigen Gegnern gern anerkannt worden. Und ebenso haben Gegner des Liberalismus wie Unparteiische zugestanden, daß es in dem Redebeuall zwischen dem Abg. Eugen Richter und dem Reichskanzler nicht der Erstere war, welcher den Kürzeren gezogen. Die Reden des Abg. Richter waren vielleicht die wirkungsvollsten — nicht nur bei

nahme auf ihre Grundsätze. Der Herr Reichskanzler gestattete, daß man so viele gute Dinge in die Schüssel hineinsteue, als man nur im Besitze hat. Wenn man aber mit daraus essen will, so sagt er: Halt, da können wir uns nicht verständigigen.“ Aber es giebt immer noch Leute, welche befreit sind, ihre werthvollen Vorräthe in die Schüssel auszuleeren, aus der etwa zu genießbaren ihnen nicht verstatet werden soll. Und wenn sie nichts mehr zu geben haben, können sie ihre Wege wandern.

Politische Uebersicht.

Ueber die parlamentarische Geschäfts-lage wird der N.-Ztg. geschrieben: Man kann unter den jetzigen Umständen annehmen, daß die Session nicht vor der zweiten Juliwoche schließen möchte. Das vorliegende Material wird dem Reichstage noch Stoff für drei bis vier Plenarsitzungen bieten; nach dem künftigen Donnerstag wird eine Pause von mindestens 8 Tagen eintreten. Vorher wird eine Reihe von Rechnungsachen und u. A. das Dynamitgesetz in erster Lesung Erledigung finden; dasselbe wird dann zweifellos einer Commission überwiesen. Motive zu demselben sind übrigens auch jetzt noch nicht erschienen. Nach der Stimmung im Reichstage darf man übrigens auf eine große Majorität für die Vorlage rechnen. Die Hauptarbeit für den Rest der Session und maßgebend für ihre Dauer bleibt unter allen Umständen das Unfallversicherungs-gesetz; dasselbe erfordert in der Commission noch mindestens drei Wochen angelegentlicher Arbeit, um an das Plenum zu gelangen, welches sich also vor Pfingsten ganz sicher nicht mit dem Gegenstand wird zu beschäftigen haben.

Ueber die weitere Abwicklung der Landtagsarbeiten läßt sich im Augenblicke Folgendes bemerken: Die Beratungen des Herrenhauses, welche am 16. wieder beginnen, werden sich zunächst wohl dem Kommunalsteuer-gesetz zuwenden, an die Tagordnung aber nicht herantreten. Es heißt, der Entwurf soll unerledigt bleiben. Wahrscheinlich wird das Kommunalsteuer-gesetz Abänderungen im Herrenhause erfahren, sodas dasselbe noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückkommt. Damit würde ein Schluß der Landtagssession nicht vor der Pfingstwoche zu ermöglichen sein; vorausgesetzt ist dabei, daß die Steuer-gesetze überhaupt nicht zum Abschluß gebracht werden.

Die Franzosen können, nachdem die Tongking-Expedition in militärischer Hinsicht bereits mit der Einnahme von Bac-Kinh zum glücklichen Abschluß gelangt war, nunmehr auch einen entscheidenden diplomatischen Erfolg gegenüber der chinesischen Regierung verzeichnen. Die insbesondere von englischen Vätern stets von Neuem angekündigte Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und China, die allerdings von Anfang an wenig ernsthaft genommen werden konnte, ist nunmehr endgültig beseitigt, da die chinesische Regierung das Protektorat Frankreichs über Tongking und Annam in aller Form anerkannt hat. Hierüber liegt folgende telegraphische Mittheilung vor: „London, 12. Mai, früh. In Peking wurde heute, wie ein Telegramm der „Times“ aus Shanghai von gestern



Ein Wort des Reichskanzlers ist es wohl werth, von den Nationalliberalen besonders beherzigt zu werden. Er sagte mit den Nationalliberalen sei es so lange zusammengegangen, bis sie „mit aus der Schüssel essen“ wollten; und „darüber konnten wir uns nicht verständigen.“ Was die Nationalliberalen damals wollten, das war nur eine Rücksicht-